

Post: Mitarbeiterbeteiligung (?)

Bei der Börseprivatisierung der Post hat die Regierung von »Volksaktien« gesprochen. Den Mitarbeitern von der Post AG wurde ein Beteiligungsmodell angeboten. Was hats gebracht?

Autor: Wilfried Leisch

Freier Journalist in Wien

Die Regierung und ihr Finanzminister haben über die ÖIAG (Österreichische Industrieholding AG) die Post zu 49 Prozent privatisiert und dafür einmalig 650 Millionen Euro erlöst. Dafür verzichtet aber die Republik ab sofort auf die Hälfte der Einnahmen aus den Gewinnausschüttungen. So wurden von der Post AG allein von 2000 bis 2005 insgesamt 535 Millionen Euro an Dividenden ausbezahlt, die zu 100 Prozent ins Budget flossen.

Beharrliche Privatisierer

Zehn Jahre lang – unter wechselnden Regierungen – haben die Privatisierer beharrlich an ihrem Ziel gearbeitet, die Post ganz zu privatisieren.

Jetzt sind sie diesem Vorhaben einen Riesenschritt näher gekommen. Schon im 1996 beschlossenen Poststrukturgesetz wurde ein Börsegang von Post und Telekom (bis 1999) festgeschrieben. Nach der Abspaltung der Telekom 1998, der Verselbständigung der Post AG 1999, wurde ab 2000 die Telekom – mittlerweile bis zu 69,9 Prozent – und nun 2006 die Post zu 49 Prozent über die Börse teilprivatisiert.

Schon im Dezember 2002 wollte Finanzminister Grassler die Post verkaufen. Der zweite Vorstoß dazu erfolgte im Mai 2003, als er die Öffentlichkeit mit einer Hauptversammlung in der ÖIAG vor vollendete Tatsachen stellen wollte. Im Jahr 2004 schließlich wollten der Finanzminister und seine Manager in der ÖIAG die österreichische Post AG zu fast 75 Prozent an die finanzkräftige Deutsche Post AG veräußern. Als Begründung für so einen »strategischen Partner« wurde ein Chaos-Szenario, eine sogenannte »EBIT- (Betriebsgewinn)-Lücke« von knapp 264 Millionen Euro an die Wand gemalt.

Hungertuch?

Als der Deal wegen der öffentlichen Proteste scheiterte und weil die Post in Wirklichkeit Gewinne schreibt, »hieß es dann plötzlich ab 2005, die Post sei börsenfähig und es wurde fortan die Werbetrommel gerührt, um so doch noch zu einem Verkauf der Post – diesmal über die Börse – zu kommen«, weiß Gerhard Fritz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten (GPF).¹⁾ Dabei war aus Sicht der Personalvertreter weder ein »Notverkauf« an die Deutsche Post, noch ein so schneller Börsegang, wie jetzt erfolgt, notwendig.

1) Gespräch mit GPF-Vorsitzenden Gerhard Fritz und Martin Palensky, Sprecher des Postbetriebsrates der GPF, am 3. August 2006.

2) Börseprospekt der Österreichischen Post AG vom 15. Mai 2006, Seite 8 – 9, bzw. 13 – 22.

»Weder nagte die Post am Hungertuch noch hat sie für den jetzt erfolgten ersten Schritt der Privatisierung über die Börse die nötigen Hausaufgaben zur Absicherung des Unternehmens gemacht«, analysiert Martin Palensky, Sprecher des Postbetriebsrates der GPF: »Wir von der Belegschaftsvertretung haben einen umfangreichen Katalog erstellt, der die Risikofaktoren enthielt, warum wir einen Börsegang der Post AG zum derzeitigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll halten. Interessanterweise hat das weder die Post AG, noch die Regierung noch die ÖIAG abgehalten, diesen Schritt zu setzen. Gleichzeitig finden sich aber unsere – offenbar berechtigten – Kritikpunkte jetzt aber im offiziellen Börseprospekt²⁾ fast 1:1 wieder. Sogar das eigene »Wachstumspaket« der Post AG wird darin nicht garantiert. Auch die Osteuropaambitionen werden vorsichtig beurteilt. Genau diese Faktoren waren jedoch Hauptargumente für den Börsegang.« (siehe **Kasten »Risikofaktoren« Seite 41**)

Über 1000 Postämter geschlossen

Obwohl selbst Vorstand und Aufsichtsrat der Post AG sich nicht getrauen, die eigenen Markt- und Wachstumschancen vor 2008 seriös abzuschätzen – so heißt ihre eigene Ideensammlung »Wachstum 2008.plus« – wurde trotzdem die Postprivatisierung über die Börse durchgezogen. Die einzige Vorleistung, die erbracht

 **Post.at**

Die Post bringt allen was 

Öffnungszeiten

Montag - Freitag 16:00

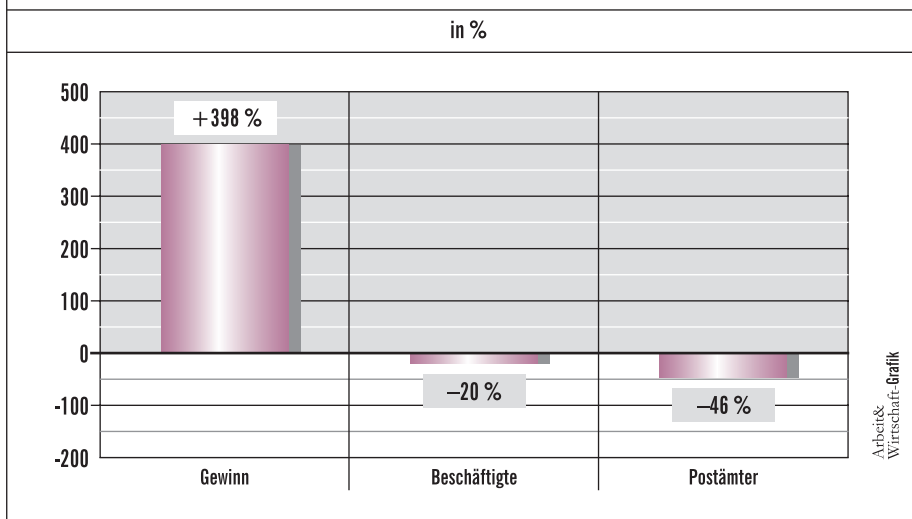
Als es immer üblicher wird, immer mehr Briefe können im Briefkasten (meistens) überlassen um nächsten Werktag (Montag bis Freitag) zugestellt werden.

Bitte beachten Sie die üblichen Regeln:

Postart	Wochentag	Abgabe	Abholung	Wochentag	Abgabe	Abholung
Standardbrief	Mo-Fr	08:00	18:00	Mo-Fr	08:00	18:00
Express	Mo-Fr	08:00	18:00	Mo-Fr	08:00	18:00
Express	Mo-Fr	08:00	18:00	Mo-Fr	08:00	18:00
Express	Mo-Fr	08:00	18:00	Mo-Fr	08:00	18:00
Express	Mo-Fr	08:00	18:00	Mo-Fr	08:00	18:00
Express	Mo-Fr	08:00	18:00	Mo-Fr	08:00	18:00
Express	Mo-Fr	08:00	18:00	Mo-Fr	08:00	18:00
Express	Mo-Fr	08:00	18:00	Mo-Fr	08:00	18:00
Express	Mo-Fr	08:00	18:00	Mo-Fr	08:00	18:00

Ob und wie viele Post-Aktien sich auch die rund 10.000 Beschäftigten, die die Post AG in den letzten Jahren abgebaut hat, leisten konnten und gekauft haben, ist nicht bekannt ...

Geschäftsentwicklung der Post AG Vergleich von 2000–2005



EU-Vollliberalisierung und Briefzustellung

Wie stark Art und Weise einer EU-Vollliberalisierung die Post AG betreffen, zeigt der Umstand, dass drei Viertel des gesamten Geschäftsumsatzes oder 1,29 Milliarden Euro allein im Bereich der Briefzustellung getätigt wird. Und nach Schätzungen wird die Post rund zehn Prozent dieses Marktanteils oder rund 100 Millionen Euro verlieren. Das entspricht dem derzeitigen Betriebsgewinn der Post AG, so der GPF-Vorsitzende Fritz.

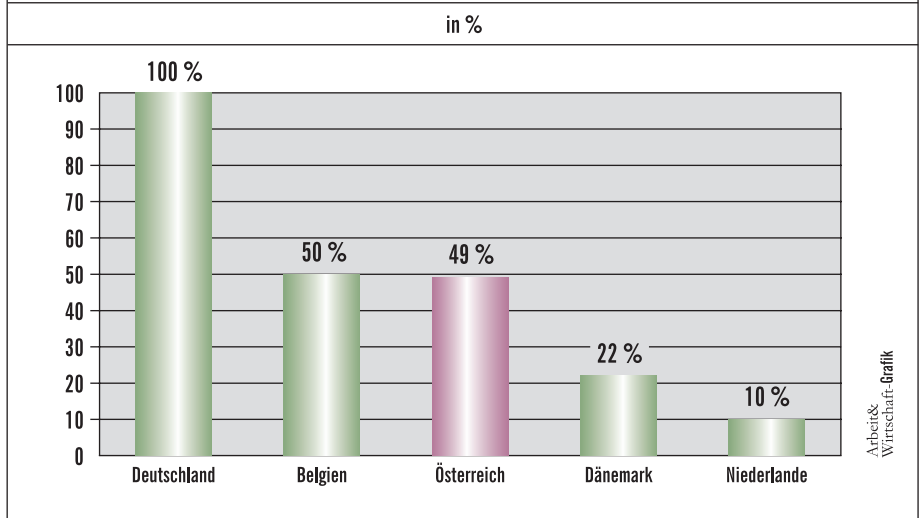
Tatsächlich wurde allein durch die letzte Schließungswelle 2005 schon mehr als 500.000 Menschen im ländlichen Raum das Postamt zugesperrt, weiß AK-Postexperte Mathias Grandosek. Kein Wunder also, dass Skepsis und Ablehnung einer Postprivatisierung – trotz oder wegen des »erfolgreichen« Börsegangs – in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden ist, wie eine von der AK beauftragte Umfrage ergab: Mehr als drei Viertel der 1000 vom Institut SORA Befragten meinten, dass die Regierung dem ländlichen Raum durch diese Politik schade. 85 Prozent wollen, dass der Staat wichtige Infrastruktureinrichtungen nicht verkauft. 72 Pro-

wurde, war, dass bei PostmitarbeiterInnen und Kundendiensleistungen der Rotstift angesetzt wurde: Allein in den letzten vier Jahren wurden über 1000 Postämter geschlossen. Derzeit gibt es nur mehr 1338 Postämter, 191 Postpartner und 350 Servicestellen. **Weiters wurde die Mitarbeiterzahl in den letzten fünf Jahren um 9000 Beschäftigte abgebaut und bis 2007 sollen es nochmals 3500 weniger werden, so dass dann die Post AG nur mehr 23.000 Beschäftigte haben soll.**

Für die Zukunft befürchtet GPF-Vorsitzender Gerhard Fritz noch mehr Einschränkungen für die österreichischen Postkunden, wenn die EU-Vollliberalisierung der Postdienste umgesetzt und die Postuniversaldienste (Versorgungsauftrag) neu definiert sind. Derzeit könne niemand sagen, wie dies konkret aussehen wird. Tatsache ist nämlich, so Fritz, Folgendes: »Derzeit sichert der österreichweit durch die Post AG erbrachte Universaldienst die tägliche Versorgung aller in Österreich vorhandenen 3,5 Millionen Haushalte mit einer gleichen Qualität zu einem für alle ÖsterreicherInnen gleichen Preis. Die ertragreiche Zustellung in den Ballungsbereichen sichert die defizitäre Zustellung in den strukturschwachen ländlichen Bereichen. Diese Tatsache ist lebenswichtig für die Erhaltung der Infrastruktur in ganz Österreich, denn 1,4 Millionen Haushalte der genannten 3,5 Millionen sind heute im Landzustellbe-

reich. Ein europaweit schlecht geregelter Universaldienst könnte somit mehr als ein Drittel aller ÖsterreicherInnen von der Basisinfrastruktur des Universaldienstes abschneiden. Die Zustellung in den strukturschwachen ländlichen Bereichen kann von niemandem auch nur annähernd kostendeckend erbracht werden.«

Postgesellschaften in Europa – Privatisierungsanteile



Von den europäischen Postgesellschaften sind bislang nur fünf privatisiert. An der Börse notieren nur die deutsche, die niederländische und nunmehr auch die österreichische Post. Alle übrigen Postgesellschaften sind zu 100 Prozent in Staatsbesitz. Auch international sind sowohl die amerikanische US Mail als auch die britische Royal Mail gänzlich in Staatsbesitz, obwohl in beiden Ländern das Briefmonopol aufgehoben ist.

zent erwarten sich durch die Privatisierung keine Preisvorteile. 80 Prozent der Befragten befürchten, dass nach der Privatisierung der Post noch mehr Postämter zugesperrt werden und wollen, dass die Post als ein Unternehmen der Grundversorgung in Staatsbesitz bleiben soll.³⁾

Unbeeindruckt davon wurde der Börsegang der Post AG von Regierung und ÖIAG durchgezogen. Parallel dazu wurde den Postbeschäftigten eine Mitarbeiterbeteiligung angeboten.

Christgewerkschafter und Sozialdemokraten

Nach ersten Protesten der Postgewerkschaft wurde in insgesamt 22 getrennt voneinander geführten Verhandlungsrunden mit Finanzminister Grasser, ÖIAG und dem Postvorstand Verhandlungen aufgenommen. »Überschattet wurden die Verhandlungen durch das Bekanntwerden eines E-Mails (der 27 Prozent starken) Fraktion der Christgewerkschafter (FCG) an Vertreter der Bundesregierung, in dem diese dem Börsegang keine Absage erteilt haben. Im selben Mail wurden die Streikpläne der GPF bekanntgegeben. Damit wurde der Aktionsradius der Postgewerkschaft sehr stark eingengt. Das Management des Unternehmens übte ebenfalls Druck aus und fuhr mit österreichweiten Roadshows durchs Land, um den KollegInnen den Sinn und die Zweckmäßigkeit des Börsegangs näher zu bringen. Damit trat der Umstand ein, dass sich die KollegInnen der Post AG mit dem politischen Willen des Börseganges abgefunden haben. Während die Sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion (FSG) der GPF dem Börsegang (Postverkauf) aufgrund der hohen Risikofaktoren immer noch kritisch gegenübersteht, haben die Christgewerkschafter den Börsegang regierungsdienlich gefördert«, so Postgewerkschaftssprecher Martin Palensky.

Von der GPF wurde in der Folge ein Paket ausverhandelt und den Beschäftigten in einer Urabstimmung vorgelegt. Von den 25.811 abstimmberechtigten Beschäftigten gaben 14.719 ihre gültige Stimme ab. Für die Annahme des Verhandlungsergebnisses waren 8235 oder 56 Prozent, gegen die Annahme 6484 oder 44 Prozent.

Details zum Modell

Das Modell im Detail: Zu einem Eigenanteil der MitarbeiterInnen mit wahlweise drei fixen Beträgen, nämlich 500, 750 oder 1000 Euro, gab es einen ansteigenden Zuschuss der ÖIAG von 400, 650 bzw. 1000 Euro, sodass die MitarbeiterInnen entweder einen Gesamtgegenwert von 900, 1400 oder 2000 Euro erhielten. Kaufte sich ein Postmitarbeiter, eine Postmitarbeiterin Postaktien um 1000 Euro, so handelt es sich dabei um knapp einen Monatsgehalt.

Der Verkaufspreis für eine Aktie betrug laut Beschluss der ÖIAG 19 Euro. 13.361 MitarbeiterInnen haben 1.697.145 Stück Aktien mit einem Gesamtwert von 32.245.755 Euro gezeichnet. Das sind rund fünf Prozent aller verkauften Aktien. Die Postbeschäftigten haben davon zirka 19,1 Millionen Euro aus ihren Eigenmitteln investiert. Der von der Personalvertretung ausgehandelte ÖIAG-Zuschuss betrug zusätzlich zirka 13 Millionen Euro. Damit befinden sich jetzt 2,4 Prozent der gesamten Post AG (oder 4,8 Prozent des nunmehr privatisierten 49-Prozent-Anteils der Post) in den Händen der MitarbeiterInnen.

Laut Erhebung der AK Wien erlebte die Mitarbeiterbeteiligung durch die seit 2000 erfolgte starke Privatisierungswelle in Österreich eine Wiederbelebung, nachdem sie zu Beginn der 1990er-Jahre an Bedeutung verloren hatte. 2001 waren zirka 1,5 Prozent der Beschäftigten an ihren Unternehmen beteiligt und gab es insgesamt in rund 40 Firmen verschiedene Modelle dafür.⁴⁾

Die – auch medial – bekanntesten sind Teilnehmungsmodelle bei der AMAG und bei der Voestalpine. Dabei handelt es sich jeweils um indirekte Beteiligungen über eine Stiftung. Bei der Voestalpine beispielsweise werden die Mitarbeiteraktien und damit deren Stimmrechte – derzeit 10,5 Prozent der gesamten Voestalpine-Aktien – gebündelt in einer Stiftung gehalten. Um diesen Anteil aufzubauen und zu erhalten bzw. auszuweiten, wurde die Öffnungsklausel der Kollektivvertragsverhandlungen genutzt.

3) AK-Presskonferenz vom 20. Juli 2006

4) Mitarbeiterbeteiligung, Motive – Modelle – Risiken – Tipps. Herausgeber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, AutorInnen: Heinz Leitsmüller, Ruth Naderer, Abteilung Betriebswirtschaft, Wien 2001.

RISIKOFAKTOREN

Laut Börsenprospekt der Post AG*)

■ Die Post AG erwirtschaftet einen erheblichen Teil ihres Umsatzes im reservierten Postdienst und ist verpflichtet, in ganz Österreich bestimmte Postdienste als Universaldienst anzubieten.

■ Die Umrüstung der Hausbriefkästen erleichtert die Konkurrenz von privaten Alternativen Anbietern zu Lasten der Post AG. Zudem könnte die Post in Zukunft verpflichtet werden, besonders lukrative Marktsegmente (z. B. Ballungszentren) für private Anbieter zu öffnen, während sie selbst überall hin (Universaldienstpflicht) zu gesetzlich festgelegten Preisen zustellen muss.

■ Die Post AG kann ihre Preise im Universaldienst nicht frei festlegen, könnte in Zukunft dzt. geltende Umsatzsteuerbefreiungen verlieren, hätte durch allfällige Betriebsprüfungen einen zusätzlichen Steueraufwand zu erwarten und durch die weitere Liberalisierung nachträgliche gewerbliche Genehmigungen zu beantragen.

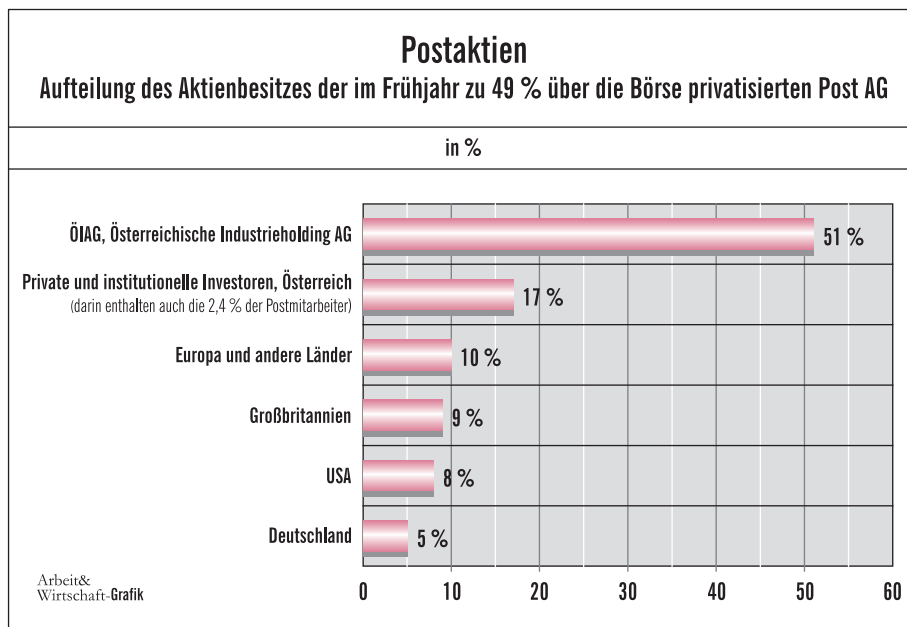
■ Rund die Hälfte der Außenumsätze des Filialnetzes stammen aus dem Vertrieb von Finanzprodukten für die BAWAG P.S.K., die sich dzt. in einer Geschäftskrise befindet.

■ Die Post AG macht den überwiegenden Teil ihres Umsatzes nur in Österreich und zu einem nicht unbeträchtlichen Teil mit nur einer geringen Anzahl von Großkunden.

■ Die Post AG ist im lukrativen Paketmarkt zunehmendem Wettbewerb ausgesetzt, kann nicht gewährleisten, dass ihr zukünftiges organisches Wachstum erfolgreich sein wird, insbesondere, dass sie im Osteuropamarkt – wie geplant – die passenden Akquisitionsziele erwerben, noch dass sie erworbene Unternehmen erfolgreich integrieren können wird.

■ Ein zukünftiger Verkauf von Aktien der Post AG durch die ÖIAG oder künftige Kapitalerhöhungen der Gesellschaft könnte den Aktienkurs negativ beeinflussen.

*) Börsenprospekt der Österreichischen Post AG vom 15. Mai 2006, Seite 8 – 9, bzw. 13 – 22.



Quelle: Post AG, GPF

Das heißt, vom frommen Wunsch der Regierung und der Post AG, dass die Postaktie eine »Volksaktie« werden möge, ist nichts übrig geblieben.

Treuhandvertrag

So wurden seit 2000 in Summe bisher zwei Prozent des Entgeltes aller Beschäftigten der Voestalpine AG für die Mitarbeiterbeteiligung verwendet. In einem Treuhandvertrag übertragen alle MitarbeiterInnen ihre Aktien der »voestalpine-arbeitnehmerprivatstiftung« zur treuhänderischen Verwaltung bis zum Ausscheiden aus dem Konzern. Die gebündelten Stimmrechte aller Mitarbeiteraktien bilden mittlerweile den zweitgrößten Aktionärsblock.⁵⁾ Hintergrund: Diese zehn Prozent und mehr ermöglichen nach Ansicht der Voestalpine-Belegschaftsvertreter den Aufbau einer sogenannten »strategischen Beteiligung« und somit indirekt den MitarbeiterInnen, im Rahmen der Hauptversammlung der Voestalpine AG an den grundsätzlichen Konzernentscheidungen teilhaben zu können.

Vor- und Nachteile für die Beschäftigten

Gemeinsam mit anderen Aktionären, bei denen man ein Interesse an der langfristigen Entwicklung des Konzerns und vor allem an einem Verbleib der Konzernzentrale in Österreich annehmen kann, ist so ein möglicher Schutz gegen einen

feindlichen Ausverkauf oder ein Abwandern des Konzerns gegeben, glauben die Voestalpine-Konzernbetriebsräte.⁶⁾ Nachteil für die Beschäftigten: Sie können nicht frei über die Belegschaftsaktien verfügen. Wird umgekehrt eine Bündelung von Mitarbeiteraktien – wie z. B. bei AUA und OMV – nicht angestrebt, reduziert sich der Belegschaftsanteil kontinuierlich oder löst sich im Laufe der Zeit gänzlich auf, ergaben die Analysen der AK Wien.

ÖGB und AK

Für AK und ÖGB ist die Schaffung von strategischem Eigentum via Mitarbeiterbeteiligung ein gangbarer Weg.

Allerdings sind die Anteile der Belegschaft in der Regel nur sehr gering (im Durchschnitt maximal fünf Prozent), schränken (insbesondere gebündelte) Mitarbeiteraktien das Einkommen ein und stellen Risikokapital verbunden mit der Gefahr von Vermögensverlusten dar.

Der Post-Zentralbetriebsrat hat in seinem Modell keine Bündelung und kein

5) Josef Kronister, Vorsitzender des Konzernbetriebsrates der voestalpine AG, »Wahrheit«, Juni 2006

6) Siehe: Mitarbeiterbeteiligung in der voestalpine – neue Antworten auf neue Herausforderungen, »Du voest mir«, ÖGB-Verlag 2004

strategisches Eigentum angestrebt: »Wir wollen, dass die MitarbeiterInnen nach der gesetzlichen Bindungsfrist (zwei Jahre für den ÖIAG-Zuschuss und fünf Jahre wegen der steuerlichen Bevorzugung) von sich aus wieder heraus können, wenn sie wollen«, so Gerhard Fritz.

Und weiter: »Da wir die Geschäftspolitik und damit den Erfolg nicht beeinflussen können, wollen wir auch weiterhin den berechtigten Anteil der Postbelegschaft an ihren Leistungen über entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen und über Betriebsvereinbarungen abgesicherte Sozialleistungen erreichen.

Das ist zum Beispiel der bis 2008 verlängerte Sozialplan, die Abgeltung des Mehraufwandes durch die neuen Hausbriefkästen, Einkommenssicherung der 13.000 Beamten durch zugesicherte Vorrückungen bis 1. Juli 2008, oder – unabhängig von Mitarbeiteraktien – das seit 2001 ausverhandelte Beteiligungssystem, nach dem zehn Prozent des jährlichen Betriebsgewinnes an alle fast 26.000 Mitarbeiterinnen ausgeschüttet werden. Das sind zurzeit zirka 400 Euro pro Person und Jahr.«

Betriebsrat kauft keine Aktien

Strategisches Mitarbeiter Eigentum untergräbt nach Ansicht des Postbetriebsrates seine Verhandlungsposition. »Deshalb haben wir als Belegschaftsvertreter auch keine Aktien gekauft, weil das die Bereitschaft, gegen soziale Verschlechterungen aufzutreten schwächt und überdies mit unserer Position im Aufsichtsrat der Post AG nicht vereinbar ist. Mitarbeiterbeteiligung klingt gut, ist es aber nicht.

Volksaktie klingt gut, ist es aber nicht. Weder können die MitarbeiterInnen an Entscheidungen ihres Unternehmens tatsächlich mitwirken noch sind nach dem Verkauf von 49 Prozent über die Börse die überwiegende Anzahl dieser Aktien im Besitz der Bevölkerung, sondern in den Händen von vor allem ausländischen Groß-Anlegern.« (siehe Grafik: »Postaktien«).

Ob und wie viele Post-Aktien sich auch die rund 10.000 Beschäftigten, die die Post AG in den letzten Jahren abgebaut hat, leisten konnten und gekauft haben, ist nicht bekannt ...